

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Das eigene Leben zum Mittel des Widerstandes machen:

Unbefristeter Hungerstreik in türkischen Gefängnissen

Handeln wir: Jede verzögerte Reaktion kann politischen Gefangenen das Leben kosten!

Seit dem 15. Februar 2017 sind in verschiedenen türkischen Gefängnissen politische Gefangene in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Die Gefangenen protestieren mit ihrer Aktion gegen unmenschliche Haftbedingungen, willkürliche Massenfestnahmen, militärische und politische Repression gegen die Zivilbevölkerung und die Isolation des Repräsentanten des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan.

Die Kapazitäten der türkischen Gefängnisse sind überstrapaziert. Nach dem gescheiterten Militärputsch wurden 45.000 Menschen mit dem Vorwurf, sich am Militärputsch beteiligt zu haben und der Fetullah-Gülen-Organisation anzugehören, festgenommen. Über 5.000 Oppositionelle wurden verhaftet. Die Festnahmen und Verhaftungen insbesondere kurdischer Oppositioneller im Vorfeld des für den 16. April geplanten Verfassungsreferendums halten ununterbrochen an. Die Erklärung des Ausnahmezustandes sowie die daraufhin erlassenen Gesetzesdekrete führen zu Einschränkungen der vorhandenen gesetzlichen Rechte und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Die Praxis der Isolation in den Gefängnissen,

willkürliche Behandlung jeglicher Art, Folter und Misshandlungen, Gefangenenverlegungen, willkürliche Disziplinarstrafen, Verhinderung der medizinischen Behandlung von gesundheitlichen Problemen bei Gefangenen sowie die Nichtentlassung von schwerkranken Gefangenen sind einige der vielen Probleme.

Deniz Kaya erklärte im Namen der sich im Hungerstreik befindenden Gefangenen von PKK und PAJK: „Die AKP versucht die Opposition mit ihren Notstandsdekreten, Verhaftungen und der Normalisierung von Folter einzuschüchtern. Parlamentarier, Bürgermeister, Akademiker und Journalisten werden verhaftet, Dörfer niedergebrannt, Häuser zerstört und Menschen werden vertrieben und niedergemetzelt. Der erste Ort an dem das Ausnahmezustands-Putsch-Regime implementiert wurde, war das Hochsicherheitsgefängnis Imrali. Die Isolation des politischen Repräsentanten des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan wird auf alle Gefängnisse ausgeweitet. Die Menschen in den Gefängnissen müssen um ihr Leben fürchten. Jeden Tag werden Gefangene, die von einem Gefängnis ins andere verbannt werden, nackt durchsucht und gefoltert. Unsere persönlichen Habseligkeiten werden

während der Durchsuchungen unserer Zellen konfisziert und die Briefe, die wir in kurdischer Sprache verfassen, werden nicht versendet, da sie mit dem Stempel „unbekannte Sprache“ versehen werden.

Der faschistische Block aus AKP und MHP versucht seine Diktatur zu konsolidieren, indem Erdoğan durch ein Referendum zum Präsidenten gekürt wird. Wir werden dieses faschistische und rassistische System weiter anprangern und den Widerstand aufrechterhalten. Wir rufen alle gesellschaftlichen Gruppen auf, bei dem von der AKP-MHP-Allianz erzwungenen Referendum „NEIN“ zu sagen und den Widerstand an allen Fronten zu verstärken.“

Wir appellieren an die demokratische Öffentlichkeit und schließen uns den Forderungen der Hungerstreikenden in den Gefängnissen an:

- Verbesserung der Haftbedingungen
- Beendigung der anhaltenden Festnahmen und Verhaftungen aufgrund von Meinungsäußerung und politischer Arbeit, Beendigung der militärischen und politischen Repressionen gegenüber der Bevölkerung
- Beendigung der Isolationshaft gegenüber Abdullah Öcalan

(NAV-DEM, 5.4.2017, CA)

Die neuen Spielchen der Türkei in Syrien

Recep Tayyip Erdoğan und seine AKP schmieden derzeit neue Pläne für Syrien, Nordsyrien und Rojava. In den vergangenen Tagen war immer wieder die Rede davon, die für abgeschlossen erklärte Euphrat-Shield Operation unter einem neuen Namen möglicherweise fortzusetzen. Eingebunden in diese Pläne sind auch die USA. Doch während die Türkei von neuem anfängt ihre Syrienpläne mit den USA zu entwerfen, leiden hierunter zeitgleich die Beziehungen zu Russland. Zudem beschleunigt die Türkei derzeit ihre Politik des demographischen Wandels in der Shehba Region in Nordsyrien.

Eine neue Front gegen Russland

In den vergangenen Tagen hatte die Türkei ihre Besatzungsoperation im Norden Syriens, die so-

genannte Operation „Euphrat-Shield“, für beendet erklärt. Ausschlaggebend für die Erklärung dürfte der internationale Druck auf die türkische Regierung gewesen sein, der vor allem von Russland, den USA und dem Iran ausging. Doch trotz dessen, dass der Einsatz für beendet erklärt worden ist, hält die Besetzung von Städten wie Cerablus (Dscharablus), al-Rai, Azaz, Soran, Dabik, Exterin und al-Bab durch das türkische Militär weiter an. Zudem verkündete der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım, dass die Operation womöglich unter einem anderen Namen fortgesetzt werden könnte. Und gestern erklärte Staatspräsident Erdoğan schließlich, dass bislang die erste Etappe von Euphrat-Shield abgeschlossen worden sei und die Operation fortgesetzt werde.

Diese zum Teil widersprüchlichen Erklärungen aus den Mündern der türkischen Staatsvertreter werden zugleich von einigen praktischen Schritten begleitet. So wurde nach dem Gespräch des türkischen Verteidigungsministers Fikri İşik mit seinem Amtskollegen aus den USA im vergangenen Monat deutlich, dass gewisse Schritte zur Fortführung der Besetzung Syriens eingeleitet worden sind. Nach diesem Zusammenkommen wurde an zahlreiche zersplitterte bewaffnete Gruppierungen in Syrien, die vor allem in den Regionen Idlib, Hama, Homs, Latakia und Aleppo aktiv sind, die Botschaft vermittelt, dass sie sich unter einem Dach wiederfinden sollten. Es werde eine stärkere militärische Aktivität von diesen Gruppen erwartet. Nur sechs Stunden nach

Meldungen:

Vermittlung in Şakran gescheitert, Hungerstreik der Gefangenen geht weiter

Am Mittwoch war eine Delegation der HDP im Gefängnis Şakran, um zwischen den hungerstreikenden politischen Gefangenen und der Gefängnisleitung zu vermitteln. Am 15. Februar hatten hier zwei Gruppen politischer Gefangener mit einem Hungerstreik begonnen, dieser dauert mittlerweile 50 Tage an und ist damit an einer Schwelle angelangt, in der jederzeit mit dem Tod eines der Hungerstreikenden zu rechnen ist.

Allerdings ist der Vermittlungsversuch ergebnislos geblieben. Die Verantwortlichen des Gefängnisses erklären, „es gebe keine Probleme im Gefängnis, es wären politische Forderungen“, die gestellt würden und verweisen für eine Lösung nach Ankara. Doch Angehörige berichten anderes. Sie berichteten einen Tag zuvor, dass während ihres Besuchs im Gefängnis das Wachpersonal die Gefangenen vor ihren Augen geschlagen hätten. Sibel Yiğitalp und Ertuğrul Kürkçü, Abgeordnete der HDP und Teilnehmer der Delegation zur Vermittlung zwischen den hungerstreikenden politischen Gefangenen und der Gefängnisleitung erklärten, auch wenn der Versuch ergebnislos geblieben sei, sich weiterhin für eine Lösung einsetzen zu wollen. Sie verwiesen ihrerseits auf die erfolgreiche Einigung im Gefängnis von Edirne. Auch im Gefängnis von Edirne war eine Gruppe von politischen Gefangenen in den Hungerstreik getreten. Dieser wurde nach erfolgreicher Einigung mittlerweile beendet. HDP und verschiedene NGOs riefen zur Solidarität mit dem Hungerstreik auf.

(ANF, 5.4., ISKU)

Der Messerstecher aus Brüssel hat sich als ein Verbündeter der AKP-Regierung herausgestellt

Laut der Nachrichtenagentur Fıratnews (ANF) hat Mehmet G. am vergangenen Donnerstag in Brüssel „NEIN“-WählerInnen zumeist kurdischer Abstammung mit einem Messer attackiert. Drei Menschen wurden bei der Attacke verletzt, darunter eine Person schwer (siehe Nuçe 812).

Bei der schwerverletzten Person handelt es sich um eine 66-jährige Frau. Ihr Gesundheitszustand soll noch kritisch sein.

„Bêjin Na“ in der gesamten Türkei verboten

Heißt es noch im Gedicht von Gottfried Seume „Wo man singet, lass dich ruhig nieder, ohne Furcht, was man im Lande glaubt; wo man singet, wird kein Mensch beraubt; böse Menschen haben keine Lieder“. So wird in der Türkei selbst das Singen zum Grund von Verfolgung und Verboten.

Nachdem zuvor die Gouverneure von Wan (Van), Şırnex (Şırnak), Amed (Dizarbakır) und Mûş das kurdisch sprachige Lied „Bêjin Na“ (Sagt Nein), mit dem die HDP für Nein-Stimmen bei

dem anstehenden Referendum zur neuen Verfassung wirbt, verboten hatten, wurde das Lied nun auch gleich für die ganze Türkei verboten. Gegen die Staatsdoktrin von „Ein Staat, eine Nation, eine Sprache“ wirbt das Lied mit den Worten: „Nein, Nein zu nur einer Fahne. Nein, Nein zu nur einer Nation. Nein, Nein zu nur einer Sprache“ für Vielfalt und Demokratie. „Das Lied verstöße gegen die ersten drei Artikel der türkischen Verfassung, der Staat, die Nation, das Volk sind ein Ganzes und

unteilbar. Die Sprache ist türkisch“, heißt es in der Begründung. Seyda Perinçek, der Songwriter des Liedes, erklärte, dass mit dem Lied „für eine Welt in der alle Menschen frei leben können“ geworben werden soll. Mit dem Lied habe er zum Ausdruck bringen wollen, dass „alle Menschen, alle Kulturen und alle Sprachen (in Frieden) zusammen leben können, aber auch der Hoffnung der Frauen nach Freiheit und aller nach Frieden Nachdruck geben wollen.“

(ANF, 4.4., ISKU)

Die neuen Spielchen der Türkei...

Entsendung dieser Botschaft haben zwölf Gruppe aus Hama, Homs, Latakia und Aleppo erklärt, dass sie eine Dachorganisation gegründet haben und fortan gemeinsam agieren werden. Teil dieses Zusammenschlusses sind Gruppen wie die Freie Armee von Idlib, die Jaysh al-Izza, Jaysh al-Nasir, Jaysh al-Nuhbe, die 23. Division, sowie zwei turkmenische Brigaden.

Die USA hatte zuvor den syrischen Oppositionellen gedroht, dass man die Unterstützung für sie einstellen werde, wenn die genannten Gruppierungen sich nicht zusammenschließen können. Dass nun ein solcher Zusammenschluss kurz nach den Gesprächen zwischen der Türkei und den USA zustande kommt, deutet darauf hin, dass die AKP wieder verstärkt auf die USA im Syrienkonflikt setzen wird und ihre Pläne gegen das Assad-Regime nicht ad-acta gelegt hat.

Die turkmenischen Brigaden, die Teil des neuen Zusammenschlusses sind, haben ihr Zentrum in Latakia. Im Jahr 2015 hatten diese Gruppen in einer Region, die sich der turkmenische Berg nennt, mit Unterstützung aus der Türkei eine Operation gegen die syrischen Regimekräfte gestartet. Im Rahmen dieser Angriffe wurde dann im November 2015 eben der russische Jet abgeschossen, dessen Pilot anschließend durch einen Anführer der turkmenischen Brigaden ermordet wurde. Die aktuellen Entwicklungen machen deutlich, dass die Türkei das, was sie sich für Syrien erhofft hatte, im Bündnis mit Moskau nicht erzielen konnte, weswegen sie nun abermals die Fronten wechselt und auf der Seite der USA ihren Platz gegen das Bündnis Russland-Iran-Syrien einzunehmen versucht.

Die beschriebenen Schritte nach dem letzten Zusammentreffen der beiden Verteidigungsminister haben zu gewissen Ergebnissen geführt. So hat dieser Zusammenschluss der verschiedenen bewaffneten Gruppen bereits seinen Platz in den Kämpfen in Damaskus, Hama und Homs ein-

genommen. Sie kämpfen dort Seite an Seite mit den islamistischen Gruppen der al-Nusra Front und Ahrar al-Sham gegen die Regimekräfte. Dieser Krieg gegen das syrische Regime kommt zugleich gewissermaßen einer Kriegserklärung gegen Russland gleich. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Kämpfe sich ausweiten und auf Städte wie Latakia übergreifen. Manch einer wertet die neuerlichen Kampfhandlungen als den Versuch, die von der Opposition kontrollierte Region Idlib vor einem Angriff des Regimes zu schützen.

Verfolgen die USA und die Türkei nun dieselben Ziele?

Mit dem Zusammenschluss der oppositionellen Gruppen im syrischen Bürgerkrieg verfolgen die USA und die Türkei zwei unterschiedliche Ziele. Die USA zielt darauf auf, neben der militärischen Zusammenarbeit mit den Demokratischen Kräften Syriens (SDF) beim Kampf gegen den IS einen zweiten militärischen Partner in Syrien zu etablieren. Sie will die Zusammenarbeit mit beiden Gruppen parallel führen. So soll gewährleistet werden, dass von Derik im Osten bis nach Idlib im Westen ein zusammenhängendes Gebiet im Norden Syriens unter der Kontrolle von Gruppen steht, mit denen die USA zusammenarbeiten kann. Die Türkei hingegen zielt darauf ab, die Gruppen unter der neuen Dachorganisation gegen die Föderation Nordsyrien und Rojava einzusetzen. Bereits jetzt kommt es seitens der bewaffneten Gruppen, die unter der Kontrolle der Türkei stehen, immer wieder zu Angriffen in der Shehba-Region auf kurdische Gebiete.

Das Gebiet Shehba: Angriffe und die Politik des demographischen Wandels

Nach der Vorstellung der Türkei soll dieses Bündnis vor allem in der Region Afrin und Shehba zum Einsatz kommen. Ohnehin haben sich große Teile der bewaffneten Gruppen in diesem Bündnis in den Militärkasernen in der

Shehba-Region einquartiert. Von dort aus greifen sie tagtäglich Dörfer an, die unter der Kontrolle der kurdischen Verteidigungseinheiten stehen. Gleichzeitig werden Kämpfer weiterer islamistischer Gruppierungen und ihre Angehörigen aus Hama oder Homs ins Shehba Gebiet übersiedelt. So wird die demographische Zusammensetzung des Gebiets nachhaltig verändert. Aktuell ist hiervon das Dorf Şudud betroffen, um nur ein Beispiel zu nennen. Dort wurden bislang rund 40 neue Familien angesiedelt, während 20 kurdischen Familien ein Ultimatum aufgesetzt wurde, ihr Heimatdorf zu verlassen. Auch in anderen Dörfern in der Umgebung gebe es entsprechende Umsiedlungspläne, die demnächst umgesetzt werden sollen.

Der sunnitisch-turkmenische Plan aus Ankara

Egal in welchem internationalen Bündnis sich die Türkei gerade befindet, sie hat stets an ihrem längerfristigen Ziel, nämlich eine unter ihrer Kontrolle stehende sunnitisch-turkmenische Generation aufzuziehen, festgehalten. So agieren auch in diesem neuen Bündnis, das im Februar auf Bestreben Ankaras und Washingtons entstanden ist, turkmenische Kampfverbände mit einer eigenen Agenda. In den Reihen dieser Gruppen ist ohnehin der türkische Geheimdienst MIT aktiv. In den letzten Tagen machte zudem die Gruppe Liva Suleyman Shah von sich Reden. In Zukunft wird diese Gruppe wohl die Aufgabe haben, die unterschiedlichen turkmenischen Kampfverbände unter ihrem Dach zu vereinen und sie zum Teil der türkischen Intervention in Syrien zu machen. Interessant ist die Zielsetzung dieser Gruppe. Denn sie fordert einen „turkmenischen islamischen Staat“. Das zeugt davon, dass die Gruppen, mit denen die Türkei in Syrien arbeitet, letztlich der Mentalität des IS – einem ehemaligen Verbündeten der Türkei – nicht so fern sind. (ANF, 4.4., CA)

Mehmet G. soll ein aktives Mitglied der Osmanlı Ocakları (eine türkisch-islamisch-nationalistische Gruppierung, die der AKP nahe steht) in Brüssel sein.

Bei Veranstaltungen und Versammlungen der AKP-Abgeordneten in Brüssel diente Mehmet G. als Sicherheitsmann.

In den sozialen Netzwerken wirbt er radikal mit Fotos und Videos für ein „Ja“ beim Referendum, auch hat er zahlreiche Fotos von in Brüssel lebenden KurdInnen, die potenzielle Nein-WählerInnen sind, veröffentlicht.

Die TeilnehmerInnen des Referendums, die für „NEIN“ stimmen, haben sich mehrfach bei der Türkischen Botschaft über Mehmet G. beschwert da er dort die Menschen belästigt, provoziert und einschüchterte. Aber es wurde seitens der türkischen Botschaft nichts gegen ihn unternommen.

(ANF, 31.3., ISKU)

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
CA Civaka Azad

Termin

Konferenz III: 14. – 16. April
2017, Universität Hamburg

Die kapitalistische Moderne herausfordern III: Demokratische Moderne entfalten – Widerstand, Rebellion, Aufbau des Neuen

Die dritte Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern« findet über Ostern (14.–16. April) 2017 in Hamburg statt. Die letzten beiden Konferenzen brachten nicht nur führende Intellektuelle zusammen, sondern gaben auch jungen AktivistInnen, Studierenden und AkademikerInnen die Gelegenheit, ihre Ideen zu präsentieren. In dieser dritten Konferenz wollen wir wieder Brücken zwischen all diesen und Bewegungen in Kurdistan und weltweit schlagen. Das Programm sowie weitere Informationen sind unter: <http://www.networkaq.net> zu finden. Dort wird es während der Konferenz auch einen Stream der Vorträge geben.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org